



Carolin Klingsporn

Diskussionsinseln – Dialog im Selbsttest

Wer „Mehr wissen, mehr wagen, mehr Dialog!“ fordert, muss diesen Anspruch auch selbst einlösen! Unter diesem Leitgedanken hat der vhw auf seinem diesjährigen Verbandstag und zugleich zweiten Kongress Städtenetzwerk am 6. und 7. Oktober 2011 in Berlin zur aktiven Diskussion eingeladen. Auf 15 Diskussionsinseln wurden am ersten Kongresstag ganz unterschiedliche Themen, die mit dem Kongressthema „Vom Veto zum Votum: mehr Dialog für mehr Demokratie!“ in Zusammenhang standen, parallel diskutiert. Von Infrastrukturprojekten über Segregation hin zu bürgerschaftlichem Engagement – der Dialog zwischen den Akteuren der Stadtgesellschaft spielt in unseren Städten an zahlreichen Stellen eine Rolle und muss von vielen Perspektiven beleuchtet werden. Auf dem Kongress wurde der Dialog nun – auch jenseits der primär theoretischen Abhandlungen im Plenum – ganz praktisch erfahrbar gemacht.

Bürgerengagement zwischen Eigenständigkeit und Instrumentalisierung

Tobias Kemnitzer und Birgit Weber, bagfa – Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V., Berlin

Mehr Direkte Demokratie wagen

Dr. Volker Mittendorf, Bergische Universität Wuppertal

Mehr Stadt durch Dialoge mit der Wirtschaft

Björn Ipsen, IHK zu Kiel

Stadtverantwortung aus Eigeninteresse?

Helmut Knüpp, Wankendorfer Baugenossenschaft für Schleswig-Holstein eG, Kiel

Überforderung im Dialog?

Thomas Haigis, Stadt Filderstadt

E-Partizipation: Neue Verfahren – bessere Beteiligung?

Dr. Oliver Märker, Zebralog GmbH & Co. KG, Berlin

Neue Rolle des Bürgers bei der Planung von Infrastrukturprojekten?

Christina Tillmann und Anna Renkamp, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Bürgerhaushalt und Bürgerstiftung – zwei Wege der Bürgerbeteiligung in Lichtenberg

Christina Emmrich, Bürgermeisterin Berlin-Lichtenberg, und Thomas Kleindienst, WGfLi Wohnungsgenossenschaft Lichtenberg eG

Wie muss unsere Ausbildung erfolgen?

Dr. Raban Daniel Fuhrmann, Zentrum Technik und Gesellschaft, TU Berlin

Milieuanalysen als Grundlage für den Dialog

Bernd Hallenberg, vhw e.V., Berlin

Segregation, Migration und Kommunikation. Nebeneinander oder Miteinander?

Prof. Dr. Jens S. Dangschat, Dr. Oliver Frey und Mara Verlic, Technische Universität Wien

Wer entscheidet? Soziale Integration und politische Verbindlichkeit von Dialogen

Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal, und Dr. Volker Hassemer, Stiftung Zukunft Berlin

Kommunikative Brücken schlagen: Der Dialog mit unterschiedlichen Milieus

Thomas Perry, Team Q, Mannheim

Zukunftswerkstatt „Bürgergesellschaft“

Britta Rösener, RWTH Aachen

Aktivierung von Bürgern und Akzeptanz für Stadtentwicklungsprozesse mit dem Beratungsansatz der Appreciative Inquiry

Fritz Walter, Change Management/Organisationsberatung, Berlin

In Anlehnung an das Open-Space-Verfahren, dem der Gedanke zugrunde liegt, dass das Beste an Konferenzen die Pausen sind, gab es bei Kaffee und Gebäck die Möglichkeit zu lockeren Diskussionsrunden an Stehtischen und in Sitzgruppen. Jede dieser „Inseln“ wurde durch einen oder mehrere Gastgeber betreut, die Experten in ihrem Themenfeld sind: Vertreter der Wirtschaft und der Wissenschaft, Verwaltungsmitarbeiter und Lokalpolitiker, Aktive aus Stiftungen und Vereinen. Sie gaben Impulse, beantworteten Fragen und scheuten auch kontroverse Auseinandersetzungen nicht. Die Inseln waren mit Stellwänden bestückt, die eine schnelle Orientierung über das Inselthema gaben und zugleich Plattform waren, um die Ideen und Anregungen der Teilnehmer aufzunehmen und zu dokumentieren.

„Insel-Hopping“

Um Gestaltungsfreiheit zu gewährleisten und um Ideen miteinander zu verzahnen, waren die Inseln so konzipiert, dass der Wechsel von einer Insel zur nächsten ausdrücklich erwünscht war („Insel-Hopping“). Die Inseln und damit auch die Diskussionen zeigten sich dynamisch! Für jene, die lieber unter freiem Himmel diskutieren oder nebenbei noch eine Zigarette rauchen wollten, wurde auch eine Insel im Hof der Kalkscheune angeboten. Und so strömten nach Startschuss durch die Kongressmoderation 240 Diskussionswillige aus, um auf zwei Etagen ihren eigenen Fragen und Interessen nachzugehen und sich aktiv in den Kongress einzubringen.

Thematisch drehten sich die Inseln im Wesentlichen um vier Kernthemen: Wege der Beteiligung, die Rolle unterschiedlicher Akteure der Stadt, soziale Inklusion und der Mehrwert der Milieu- und Lebensstilforschung für den Dialog. Mehrere Inseln befassten sich mit konkreten Beteiligungsmethoden. Die Zukunftswerkstatt und die aktivierende Befragung durch Appreciative Inquiry wurden vorgestellt und teils ganz praktisch erprobt: In der Phantasiephase der Zukunftswerkstatt



(**Britta Rösener**) wurde gemeinsam überlegt, wie „Bürgergesellschaft“ aussehen kann, wer dazu gehört und welche Rollenverständnisse wir in Politik und Verwaltung brauchen. Kontrovers wurde z.B. diskutiert, ob etwa zur „Bürgergesellschaft“ nur die „interessierten Bürger“ gehören oder alle. **Fritz Walter** zeigte seinen Inselgästen unterdessen, wie durch ein wertschätzendes Interview positive Erfahrungen im eigenen Wohnumfeld herausgestellt werden könnten. Der potenzielle Wutbürger solle von Anfang an konstruktiv in den Prozess eingebunden werden und zu einer affirmativen Grundhaltung gegenüber künftigen Transformationsprozessen kommen.



Abb. 1: Stehinseln als „verlängerte Kaffeepause“ (Fotos: Metscher)

Neue Möglichkeiten der Partizipation eröffnet auch das Internet. Ob Online-Verfahren Beteiligung verbessern, diskutierte **Oliver Märker**. Seine Antwort: Nicht automatisch! Vielmehr gelte es, die Art der Bewerbung, den Zeitpunkt, Aufwand und Kosten sowie die Zielgruppen vorab genau zu bestimmen. Die Kritik gegenüber Online-Verfahren, dass sie bestimmte Gruppen ausschließen und dadurch nicht repräsentativ seien, gelte ebenso für „Offline-Angebote“, weshalb hier über eine sinnvolle Verknüpfung nachgedacht werden sollte. Dennoch seien dauerhaft bestehende Diskussionsplattformen im Internet hilfreich, um auch kurzfristig auf aktuelle Fragen reagieren zu können.

Längere Vorlaufzeiten haben hingegen direktdemokratische Verfahren (**Volker Mittendorf**). Neben den Argumenten pro und contra ein Mehr an Ratsreferenden und Bürgerbegehren wurde die Einbindung dieser Elemente in den politischen Prozess diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass ein breitangesetzter Dialog die Wahrscheinlichkeit von Bürgerbegehren senken kann, dass eine Bürgerabstimmung aber auch am Ende eines Prozesses stehen kann, um eine Öffentlichkeit für die diskutierten und beworbenen Argumente zu schaffen und dann zu einer von der Mehrheit getragenen Entscheidung zu kommen. Dies trage auch dazu bei, überzogene Ansprüche an die politische Handlungsfähigkeit zu reduzieren und gemeinsam Verantwortung für eine Entscheidung zu übernehmen.

Auf der Insel mit der Nr. 9 wurden am Beispiel des Bürgerhaushalts und der Bürgerstiftung in Berlin-Lichtenberg diese beiden Beteiligungsformen vorgestellt und diskutiert (**Christina Emmrich, Thomas Kleindienst**). Während der Bürgerhaushalt Bürgerinnen und Bürger zur direkten Mitbestimmung am Bezirkshaushalt einlädt, wurde die Bürgerstiftung gegründet, um Engagement aus und für den Bezirk zu stärken. Bürgerschaftliches Engagement wurde auch vor der Frage diskutiert, ob Engagement seitens der öffentlichen Hand instrumentalisiert werden könne (**Tobias Kemnitzer, Birgit Weber**). Dabei wurde betont, dass sowohl die Freiwilligkeit als auch die (persönliche) Leistbarkeit von Engagement gewahrt werden müsse. Dafür bedürfe es transparenter Strukturen in den Verwaltungen und Anlaufstellen bzw. Räume für das Einbringen eigener Ideen. Als wichtig erachtet wurde auch, in der Engagementförderung Experimentierfelder zuzulassen, nicht zuletzt um auch Innovationen zu fördern. Bürgerschaftliches Engagement – verstanden als eine Form der Beteiligung – brauche in den Kommunen sowohl (finanzielle) Rahmenbedingungen als auch politische Rückendeckung.

Wutbürger oder Ideengeber?

Auch die (neue) Rolle unterschiedlicher Akteure der Stadt wurde von mehreren Seiten beleuchtet. So war die Einbindung der Bürger in große Infrastrukturprojekte ein kontrovers diskutiertes Thema (**Christina Tillmann, Anna Renkamp**), in dem Planungssicherheiten, eine frühzeitige Beteiligung, ein großer Informationsaufwand und wirtschaftliche Interessen gegeneinander und miteinander abgewogen werden müssen. Wenn Beteiligung jedoch als Potenzial für den Planungsprozess gesehen wird, dann wandle sich die Rolle vom Wutbürger zum Wissens- und Ideengeber, zum Qualitätsverbesserer und Berater, zum Co-Planer, Mit-Entscheider und Partner, sofern er oder sie früh und mit echten Mitsprachemöglichkeiten beteiligt werde. Dies wiederum verändere auch die Rolle der Öffentlichen Hand, die ergänzend zur Rolle des Entscheiders verstärkt auch Initiator, Treiber und Moderator von Prozessen werde. Die Herausforderungen lägen darin, neben den bekannten Interessengruppen auch die nichtorganisierte Bürgerschaft in den Prozess einzubinden und diesen Dialogprozess nicht zuletzt in bestehendes (EU-)Recht zu integrieren.

Die wirtschaftlichen Interessen waren auch Gegenstand der Diskussionen um den Dialog mit Vertretern von Wirtschaft (**Björn Ipsen**) bzw. Wohnungswirtschaft (**Helmut Knüpp**). Es wurde zum einen kritisch die Frage gestellt, ob durch mehr Bürgerbeteiligung die Wirtschaft auf der Strecke bleibe, gerade bei großen Infrastrukturprojekten, in denen die Investoren Planungssicherheit brauchen – oder ob nicht gerade für diese Sicherheit eine frühzeitige Beteiligung notwendig sei. Zugleich wurde auch der eigene Beitrag zur Stadtentwicklung herausgestellt, sei es im Hinblick auf Wohnungs- und Stadtbau (trotz gekürzten Fördermitteln), sei es zur Stärkung interkommunaler Kooperationen durch Wirtschaftsunternehmen und



mehr qualitativem statt rein quantitativem Wachstum. Eigeninteresse und Gemeinwohl wurden hier nicht notwendigerweise als Widerspruch gesehen. Dass die Wirtschaftsakteure sehr unterschiedliche Ausprägungen der Engagementbereitschaft zeigen, unterstreiche die Notwendigkeit, den Dialog hier vermehrt zu suchen und die Wirtschaft als wichtigen Akteur mit spezifischen Interessen verstärkt in stadtpolitische Dialoge einzubinden.

Komplexe Fragestellungen, desinteressierte oder protestierende Bürger, Zeitverzögerungen in der Planung, überlastete Verwaltungen und die Sorgen der Politik vor Machtverlust ... kann Dialog auch überfordern? (**Thomas Haigis**) Hier spiele die politische Rückendeckung eine zentrale Rolle. Wird der Dialogprozess jedoch von der Verwaltung initiiert, sei Überzeugungsarbeit angesagt. Damit ein Vorhaben nicht an den Vorbehalten von Gemeinderäten scheitert, müssten auch diese frühzeitig in den Prozess eingebunden werden, um sie in ihrer Rolle als gewählte Entscheider zu stärken. Dies könne eine externe und damit neutrale Moderation erforderlich machen.

Einbindung politikferner Gruppen

Ein drittes großes Thema der Diskussionsinseln kann unter dem Stichwort „Inklusion“ zusammengefasst werden. Sei es vor dem Hintergrund von Segregationstendenzen in den Städten (**Jens S. Dangschat, Oliver Frey, Mara Verlic**) oder der Frage nach politischer Inklusion und nach Verbindlichkeiten von partizipativ angelegten Entscheidungsprozessen (**Roland Roth, Volker Hassemer**) – die Einbindung von „politikfernen“ Gruppen ist ein zentrales Thema, wenn es um Transparenz, Legitimität und sozialen Zusammenhalt geht. In unseren zunehmend polarisierten Stadtgesellschaften entstehen benachteiligte und zugleich benachteiligende Stadtquartiere. Integrationsdiskurse können über die Defizit- oder die Ressourcenperspektive geführt werden. Erstere hebt die zu fördernden Defizite hervor, impliziert jedoch normative Maßstäbe im sozialen und kulturellen Bereich. Eine Betonung der Ressourcen stärkt das Potenzial einer multikulturellen Gesellschaft, läuft jedoch Gefahr, der Politik die Verantwortung für soziale Ungleichheit abzusprechen. Eine Kombination beider Sichtweisen – auf Defizite im ökonomischen Bereich und Beteiligungschancen sowie auf kulturelle und soziale Ressourcen – scheint daher am sinnvollsten.

Ohne den Anspruch an eine politische Inklusion der bisher Exkludierten könnten Beteiligungsverfahren Ungleichheiten noch verstärken. Dabei zeigt die vhw-Trendbefragung eine Diskrepanz zwischen der Dialogbereitschaft, die in nahezu allen Milieus ähnlich hoch ist, und der tatsächlichen Partizipation. Wie kann Beteiligung zur politischen Integration beitragen? Dass uns dieser Anspruch vor eine große Herausforderung stellt, wurde auch durch erste Lösungsansätze der aufsuchenden Ansprache, der niedrigschwelligen und kontinuierlichen Beteiligungsformen, nicht negiert. Hier bedürfe es

eines Kodexes von Fairnessregeln, um tatsächlich einen Dialog „auf Augenhöhe“ zu ermöglichen, sowie der Formulierung von Qualitätsmerkmalen für wirksame Beteiligung, die nicht ohne politische Folgen bleiben darf. Die Inselgastgeber hatten hierzu neun Thesen zur Diskussion gestellt.

Einen Beitrag zur Inklusion kann das Wissen um die Lebensstile unterschiedlicher Milieus der Stadtgesellschaft leisten. Es bedeute zum einen, Wirkungszusammenhänge in Regionen, Städten und Quartieren zu verstehen, die aus unterschiedlichen Ansprüchen an Wohn- und Lebenswelten und damit zusammenhängenden Verhaltensmustern im Stadtraum erwachsen (**Bernd Hallenberg**). „Fremde“ Milieus zu kennen bedeute aber auch, sie in ihrer Lebenswelt abholen zu können und „kommunikative Brücken“ zu bauen (**Thomas Perry**). Es bedeute, sie als Subjekte und nicht als Objekte zu begreifen und dadurch auch befähigen zu können (Empowerment). Dafür bedürfe es Empathie und Zutrauen (in die eigenen Fähigkeiten), an manchen Stellen aber auch ausgebildete Moderatoren, die zugleich als Dolmetscher zwischen unterschiedlichen Sprachen fungieren, seien es Muttersprachen oder die unterschiedlichen Sprachen von Verwaltung und Bürgern. Gemeinsame Handlungen, wie z.B. ein Imbiss im Rahmen einer Bürgerversammlung, wurden als ein einfaches Mittel für einen guten Einstieg in den Dialog genannt.

All dies braucht unter Umständen eine neue Art der Ausbildung für Prozessgestalter (**Raban Daniel Fuhrmann**). Inspiration kam aus einem historischen Vergleich mit den Polytechnika im 19. Jahrhundert als Treiber der industriellen Revolution. So könnten heute *Politiknikums* helfen, den vollen Koffer der Methoden für Moderation und Meditation, Coaching und Supervision, Personal- und Organisationsentwicklung auch angemessen nutzen zu können. Hier könnten „Meister des prozeduralen Handwerks“ ausgebildet werden, bei denen die „Technologies of Governance“ auf dem Lehrplan stehen.

In den eineinhalb Stunden des Dialogs konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses zahlreiche Impulse und Erfahrungsberichte erhalten und auch selbst ihre Gedanken und Erfahrungen einbringen. Auch konnten neue Kontakte geknüpft und die eine oder andere Visitenkarte ausgetauscht werden.

Carolin Klingsporn

Wiss. Referentin, vhw e.V., Berlin